

Matthias Drilling  
Olaf Schnur (Hrsg.)

# Nachhaltige Quartiersentwicklung

Positionen, Praxisbeispiele  
und Perspektiven

QUARTIERSFORSCHUNG

**VS** RESEARCH

Matthias Drilling · Olaf Schnur (Hrsg.)

Nachhaltige Quartiersentwicklung

# VS RESEARCH

## Quartiersforschung

Herausgegeben von

Dr. Olaf Schnur, Universität Tübingen

Dr. Dirk Gebhardt, Eurocities, Brüssel

Dr. Matthias Drilling, Hochschule für Soziale Arbeit, Basel

Das Wohn- oder Stadtquartier hat in unterschiedlichsten Bereichen der Stadtforschung einen wachsenden Stellenwert. Neue Schwerpunkte auf Quartiersebene sind sowohl in der Praxis, etwa in Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft, als auch in stärker theoretisch orientierten Bereichen zu finden. In der dazwischen liegenden Grauzone hat die wissenschaftliche Begleitforschung Konjunktur, die sich mit den immer vielfältigeren planungspolitischen Interventionen in Quartieren beschäftigt. Diese Reihe möchte sich den inzwischen existierenden pluralistischen, oft auch kritisch geführten Diskurslinien der Quartiersforschung mit ihren zahlreichen Überschneidungen und Widersprüchen widmen. Sie bietet Raum für Quartiersforschung im weitesten Sinn – von Arbeiten mit theoretisch-konzeptionellem Schwerpunkt über empirisch-methodisch orientierte Studien bis hin zu explizit praxisorientierten Arbeiten über Quartiers-Themen aus dem Blickwinkel verschiedener Paradigmen der Quartiersforschung. So soll ein Forum entstehen, in dem sich Interessierte aus allen Bereichen – vom Quartiersmanager bis zum Wissenschaftler – über das Themenfeld „Quartier“ auch über den eigenen Horizont hinaus informieren können. Quartiersforschung wird innerhalb dieser Reihe interdisziplinär und multidisziplinär verstanden, wobei geographische und sozialwissenschaftliche Ansätze einen Schwerpunkt darstellen.

Matthias Drilling  
Olaf Schnur (Hrsg.)

# Nachhaltige Quartiersentwicklung

Positionen, Praxisbeispiele  
und Perspektiven

**VS** RESEARCH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Publiziert mit Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

1. Auflage 2012

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2012

Lektorat: Dorothee Koch | Britta Göhrisch-Radmacher

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist eine Marke von Springer Fachmedien.

Springer Fachmedien ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

[www.vs-verlag.de](http://www.vs-verlag.de)



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-531-18356-5

## Vorwort

Mit dem vorliegenden Sammelband stellt der Arbeitskreis Quartiersforschung der Deutschen Gesellschaft für Geographie ein aktuelles Thema in den Mittelpunkt seiner Publikationsreihe. Die Beiträge knüpfen an die Jahrestagung 2010 Köln an, die unter dem Titel „Nachhaltige Quartiersentwicklung. Zur Wirkkraft eines normativen Konzeptes“ stattfand. Trotz – oder vielleicht gerade wegen – aller Kritik am Konzept der Nachhaltigkeit erleben wir seine Renaissance in der jüngeren Siedlungsentwicklung. Im Quartierskontext wurde Nachhaltigkeit bislang jedoch noch nicht eingehender diskutiert. Es stellten sich für die Tagung deshalb einige Grundfragen, wie z. B.: Inwiefern kann das Quartier als Bezugsebene einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten? Werden zentrale Kontexte und damit Entwicklungsbedingungen nicht auf anderen Ebenen entschieden? Wie weit ist die Forderung, wirtschaftliche, ökologische und soziale Ziele gleichberechtigt in Quartieren zu fördern, überhaupt realistisch?

Die interdisziplinär besuchte Tagung konnte die großen Eingangsfragen (erwartungsgemäß) nicht abschließend klären. Dennoch gab es Einigkeit, dass die verschiedenen Perspektiven auf nachhaltige Quartiersentwicklung zur intensiven Reflexion anregen und zu weiterführenden Erkenntnissen – verortet zwischen Praxisbezug und theoretischer Position – führen. Quartiere können, so ein Fazit der Tagung, wichtiger Bezugspunkt für nachhaltige Stadtentwicklung sein, sofern der konzeptionelle Rahmen von „Nachhaltigkeit“ nicht vernachlässigt und das Quartier als „eingebettete Zwischenebene“ vielfältigen Schnittstellen zur Nachhaltigkeitspolitik verstanden wird.

Wir danken den Autorinnen und Autoren für ihre Bereitschaft zur engagierten und streitbaren Diskussion im Arbeitskreis, die sie zu einer eigenen Argumentation für dieses Buch verdichtet haben. Darüber hinaus konnten wir erneut mit Frau Britta Göhrisch-Radmacher vom VS Verlag und Herrn Ulf Baier von SatzRepro-Service in Jena sehr kompetente Begleitungen für dieses Buchprojekt gewinnen. Zu ganz besonderem Dank sind wir der Fachhochschule Köln und hier Katja Veil für die Organisation unserer Tagung verpflichtet. Die Druckkosten des Buches wurden durch den Schweizerischen Nationalfonds unterstützt.

Basel und Tübingen, im August 2011

Matthias Drilling und Olaf Schnur

### *Lesehinweis*

Für die sprachliche Gleichstellung von Männern und Frauen existieren bislang keine einheitlich anerkannten Regelungen. Deshalb wurde es den jeweiligen Autorinnen und Autoren dieses Bandes überlassen, ob sie ihre Texte geschlechtergerecht gestalten und welche Variante sie verwenden wollen. Für die Beiträge, die die gebräuchliche herkömmliche Schreibweise mit meist maskulinen Formulierungen verwendet haben, bedeutet das nicht, dass sie die sprachliche Gleichstellung einfach ignoriert hätten. Die Verwendung der traditionellen Schreibweise wird in der Regel damit begründet, den Lesefluss nicht durch sprachliche Stolpersteine einschränken zu wollen. Selbstverständlich sind auch in diesen Fällen stets die Angehörigen beider Geschlechter gemeint, es sei denn, es ist explizit anders vermerkt. Bei den Beiträgen von Autorinnen und Autoren aus der Schweiz wurde die mitunter von der deutschen Rechtschreibung abweichende Schreibweise beibehalten.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	5
----------------------	---

## **I Einleitung**

*Matthias Drilling und Olaf Schnur*

Nachhaltigkeit in der Quartiersentwicklung – einführende Anmerkungen .....	11
--	----

## **II Leitbilder**

*Karin Hopfner und Philipp Zakrzewski*

Nachhaltige Quartiersentwicklung im Bestand: Zur Übertragbarkeit von Konzepten nachhaltiger Stadtentwicklung auf Bestandsquartiere .....	45
--	----

*Axel Schubert*

Von den Verengungsgefahren nachhaltigen Mainstreamings zum planungstheoretischen Erfordernis der Emanzipation: Nachhaltigkeitskritik und das Beispiel der Entwicklungsplanung Dreispitz (Basel-Münchenstein) .....	69
--	----

*Stephanie Weiss*

Die kulturelle Dimension nachhaltigen Wohnens: Überlegungen zu einer vernachlässigten Perspektive im Diskurs der nachhaltigen Quartiersentwicklung .....	93
--	----

## **III Steuerung**

*Verena Schäffer*

Urban-Governance-Prozesse zur Realisierung nachhaltiger Stadtquartiere am Beispiel des Modellquartiers Kronsberg in Hannover .....	109
--	-----

*Gabriel Spitzner*

Rezeptionen von Stadtquartieren und Nachhaltigkeit durch private Akteure in der Stadtentwicklung .....	131
--	-----



*Marian Günzel*

Die Revitalisierung innerstädtischer Quartiere in den USA: Möglichkeiten und Grenzen auf dem Weg zu einem nachhaltigen Erneuerungsprozess . . . . . 147

*Joachim Schöffel und Raimund Kemper*

Governance nachhaltiger Quartierentwicklung – ein Vergleich der Programme „Projets Urbains“ und „Soziale Stadt“ . . . . . 165

*Jeanne Grabner*

Das Programm „Soziale Stadt“ im Zentrum der Nachhaltigen Stadtentwicklung?  
Versuche einer Antwort aus der Praxis . . . . . 181

#### **IV Monitoring und Bewertung**

*Monika Heyder, Andreas Huber und Andreas Koch*

Nachhaltigkeit in Stadtquartieren zwischen standardisierter Planung und kontextbezogenen Prozessen . . . . . 197

*Severin Lenel*

2000-Watt-Gesellschaft in der Schweiz – vom globalen Modell zum einzelnen Gebäude . . . . . 213

*Ulli Meisel*

Routenplaner Bestandsquartiere – Bewertungssysteme nachhaltiger Quartiersentwicklung und sechs Dimensionen für praktisches nachhaltiges Handeln . . . . . 229

Autorinnen und Autoren . . . . . 251

**I**  
**Einleitung**

# Nachhaltigkeit in der Quartiersentwicklung – einführende Anmerkungen

*Matthias Drilling und Olaf Schnur*

## 1 Nachhaltigkeit: Konzipiert um den Besitzstand zu wahren

Als im Jahr 1984 die norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland zur Vorsitzenden der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung berufen wurde, war dies nach den Kommissionsberichten „Das Überleben sichern“ (Nord-Süd Kommission 1980) sowie „Die gemeinsame Sicherheit“ (Independent Commission on Disarmament and Security Issues 1982) der dritte Auftrag für die Erarbeitung eines weltumspannenden politischen Handlungsdispositivs, für den die Generalversammlung der Vereinten Nationen Verantwortung übernahm. In ihrem Abschlussbericht weist die Kommission zwar im Geiste der Berichte des Club of Rome (Colombo & Turani 1986; Meadows 1974) auf die Grenzen von einseitig auf monetären und kurzfristigen Nutzen hin ausgerichtete Wachstums- und Entwicklungsstrategien hin. In einem weiteren Schritt versucht sie aber auch, ein alternatives, vor allem generationenübergreifendes Entwicklungsszenario zu entwerfen und die bisher als konfliktär angesehene Beziehung zwischen den Zielen „Wachstum“ und „Erhaltung der natürlichen Umwelt“ aufzubrechen. Dazu führt die Kommission den Begriff der „dauerhaften Entwicklung“ ein: „Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ (Hauff 1987: 46)

In den Jahren nach der Veröffentlichung des Brundtlandberichtes wurden zahlreiche Vorschläge und Modelle ausgearbeitet, die das Verständnis und die damit verbundenen Empfehlungen der Kommission zu operationalisieren versuchten. Diese Konzepte bezogen sich neben der Umweltpolitik auf eine Vielzahl von Politikbereichen, wie z. B. Bildung, Soziales, Bauen, Wirtschaft, Ernährung, Gesundheit, Mobilität, Beschäftigung, Gleichberechtigung, Integration und Raumentwicklung. Indem der Nachhaltigkeitsanspruch zum Paradigma erhoben wurde, diffundierte er in alle gesellschaftlich relevanten Bereiche, wurde zur interdisziplinären Querschnittsaufgabe. Die Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahre 1992 sowie ihre Folgekonferenz in Johannesburg (Rio+10) 2002 bekräftigten dieses Entwicklungsszenario.

Nachhaltigkeit wurde so zu einem Grundprinzip von Politik und mit der Rio-Abschlusscharta Agenda 21 war ein globales Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert formuliert, das insbesondere die Entwicklung der Städte und damit auch ihrer Quartiere ins Zentrum stellte, denn, so die Abschlusscharta der Folgekonferenz von Aalborg, sind es die Städte, in denen zahlreiche der „Ungleichgewichte [...], die unsere moderne Welt schädigen“, entstehen (Charta von Aalborg 1994: 2); und es sind die Städte, in denen Antworten auf diese Herausforderungen gefunden werden müssen (ebd.: 3).

Weitere, auf die Stadt- und Quartiersentwicklung fokussierende Konferenzen wie die UN-Weltgipfelkonferenz zum Siedlungswesen Habitat II (Istanbul 1996), die Weltkonferenz URBAN 21 (Berlin 2000), die UN-Istanbul+5-Konferenz (New York 2001) sowie eine Reihe von Konferenzen der Europäischen Union und einzelner Staaten lieferten Handlungsanleitungen für die Umsetzung der Prinzipien der Nachhaltigkeit (siehe z. B. die Lösungsbeispiele im „Urban Best Practices and Local Leadership Programme“). Zusätzliche Bedeutung erhielt der Nachhaltigkeitsanspruch durch seine Verknüpfung mit anderen stadtbezogenen Leitbildern, wie z. B. dem von der WHO formulierten Leitbild städtischer Gesundheitspolitik (siehe Alisch 2001) oder dem Leitbild der „Zukunftsfähigkeit der Städte“ (zur Verknüpfung mit dem Leitbild Nachhaltigkeit siehe Frey & Rosinak 2002: 203; zum Programm siehe Hall & Pfeiffer 2000; Internationales Forum für Gestaltung 1999; Kreibich 2002: 626ff.).

Auf internationaler Ebene sind die Vorstellungen über eine nachhaltige Entwicklung allerdings sehr divergent. Zu unterschiedlich vollziehen sich städtische Entwicklungsprozesse in Industrie-, Transformations- und Entwicklungsländern. So wird im Weltbericht über die Zukunft der Städte, der Abschlusserklärung von URBAN 21, ganz allgemein von „Dimensionen“ einer nachhaltigen Stadtentwicklung gesprochen (Hall & Pfeiffer 2000: 8), wobei die Dimensionen daraus abgeleitet sind, „was sich die Menschen seit jeher wünschen“. Auf nationaler Ebene wurde das Nachhaltigkeitspostulat in erster Linie als Programm übersetzt, das neben der Förderung von Wirtschaft und Ökologie auch die gleichberechtigte Förderung des Sozialen beabsichtigt. Die Erfolge sollen – wie es die Vielzahl von Nachhaltigkeitsberichten verdeutlichen – vor allem mithilfe einer für die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung ungefähr jeweils gleichen Anzahl von Indikatoren überprüft werden.

Dass das wirtschaftliche Wachstum aber weiterhin als von herausragender Bedeutung angesehen wird, weil nur dieses eine weitere Steigerung des Wohlstandes und die finanzielle Basis zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben zu ermöglichen scheint, verdeutlicht, dass aus der Sicht der Nachhaltigkeitsstrategie kein generelles Umdenken in der wirtschaftspolitischen Strategie als notwendig erachtet wird.

Hinzu kommt eine weitgehende Uneinigkeit, durch welche Indikatoren sich die Nachhaltigkeit von Entwicklungsprozessen darstellen lässt. Entsprechend heterogen sind die Kriterien, anhand derer Nachhaltigkeit gemessen wird. So untersuchten Schultz et al. (2001: 64ff.) die Indikatorensets von 14 europäischen Städten bzw.

Verbänden: Von den über 200 verschiedenen Indikatoren, die in den Sets zur Anwendung kommen, finden nur wenige in mehreren Städten Anwendung, vielmehr werden sie eher aus pragmatischen Überlegungen heraus formuliert und kaum theoretisch hergeleitet. Im Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Zürich beispielsweise wird geschrieben, dass die Wahl der Indikatoren entlang der Kriterien „aussagekräftig im Sinne der Nachhaltigkeit“, „durch städtische Politik beeinflussbar“, „Daten verfügbar“, „verständlich“, „Vergleichbarkeit mit anderen Städten“, „Abdecken aller Nachhaltigkeitsdimensionen“, „weitgehende Unabhängigkeit der Indikatoren voneinander“ und „überschaubares Set von 15 bis 30 Indikatoren“ erfolgte (Fachstelle für Stadtentwicklung 2004: 7). Andere Städte haben sich im Vorfeld der Indikatorenauswahl mit anderen Städten auf ein vergleichbares Vorgehen geeinigt.

Halten wir an dieser Stelle fest: Trotz des paradigmatischen Charakters des Konzepts der Nachhaltigkeit, dessen Argumentationskraft sich aus dem Verständnis eines verknüpften Zusammenwirkens der Ziele „Wohlstand“, „Lebensqualität“ und „Stoffwechsel“ speist, stellen Forschung und Praxis heute verschiedene Widersprüche fest:

- Forschung über Nachhaltigkeit in der Stadt- und Quartiersentwicklung ist ein Desiderat. Es ist wünschenswert, darüber zu forschen, damit die Ergebnisse die wissenschaftliche Auseinandersetzung über das, was Nachhaltigkeit ist, wie man sie misst oder wie man sie interdisziplinär erforscht, durchdringen. Dabei ist Nachhaltigkeit auf wissenschaftlicher Ebene zwar in vielfacher Weise erforscht und interpretiert worden, meist aber nur aus einem bestimmten Blickwinkel heraus (Fischer-Kowalski 2002). Zwar steht sie heute als konkurrenzlose „positive Gestaltungsvision“ für das Überleben des Erdsystems da (Weidner 2002: 13), der mit der Trias Ökonomie, Ökologie und Soziales zum Ausdruck gebrachte Anspruch auf interdisziplinäre Vernetzung der drei Dimensionen wird aber nur selten eingelöst und für die Umsetzung in die Praxis aufbereitet.
- Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung ist ein normatives Konzept. Die Operationalisierung von Nachhaltigkeit ist unsystematisch, kaum koordiniert und wenig theoriegeleitet. Vielmehr überwiegen praktische Erwägungen (Verfügbarkeit von Daten, Verständlichkeit etc.) bei der Erschließung von Indikatoren. Das ist ein Zirkelschluss: Man misst Nachhaltigkeit anhand selbst gewählter Indikatoren, und indem die gewonnenen Daten als Stand der nachhaltigen Entwicklung in einer Stadt/Gemeinde apostrophiert werden, bestätigen sie die Richtigkeit der Indikatorenwahl. Der von der Politik gewählte Ausweg, diesen Widerspruch durch eine Orientierung an den Indikatorsets anderer Städte/Gemeinden aufzulösen, verstärkt eher die Diffusion von Alltagswissen in die Wissenschaft, und auch der Versuch, über Expertenbefragungen zu allgemeingültigen Indikatoren zu gelangen (wie beispielsweise im Rahmen des Cercle indicateurs 2005), scheitert eigentlich schon an der Frage, über welches Wissen Experten im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit denn verfügen müssten.

- Nachhaltigkeit ist ein (politisch) erwünschtes Konstrukt. Einen absoluten Bezugsrahmen für Nachhaltigkeit gibt es bis heute nicht, daher kann keine abschließende Bewertung vorgenommen werden, ob etwas nachhaltig ist oder nicht. Es ist der Beitrag einer (politischen) Entscheidung/Handlung zur „Vision Nachhaltigkeit“, der beurteilt werden kann. Pragmatisch-kritisch ausgedrückt, bedeutet nachhaltige (Stadt-)Entwicklung „gleichzeitig und gleichwertig die Ziele des Umweltschutzes (Schutz der Ökosphäre), der ökonomischen Beständigkeit (stabile wirtschaftliche Entwicklung) und der sozialen Gerechtigkeit (gerechte Verteilung der Lebenschancen) anzustreben.“ (Dangschat 2001: 76f.) Insofern ermöglicht es der Nachhaltigkeitsdiskurs, bisherige Handlungsstrategien zukunftsorientiert umzuformulieren bzw. zu begründen.

Doch auch wenn die Vorstellungen über die konkrete Ausgestaltung divergieren und die theoretischen Grundlagen weitgehend fehlen, haben sich Politik und zum Teil auch Wissenschaft auf grundlegende Zielkorridore (vergleichbar einem ethischen Rahmen des Modells Nachhaltigkeit) festgelegt (vgl. Cercle indicateurs 2005: 11; Maier & Michelsen 2004: 18):

- *Intergenerative Gerechtigkeit*: Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung will zukünftigen Generationen Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.
- *Intragenerative Gerechtigkeit*: Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung will Gruppen von unterschiedlicher sozialer Herkunft und unterschiedlichem sozialem Status Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen.
- *Intraterritoriale Gerechtigkeit*: Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung trägt der Unterschiedlichkeit von Stadt und Umland sowie der verschiedenen Quartiere innerhalb einer Stadt Rechnung und zielt auf den Abbau von Disparitäten ab.
- *Entwicklungsorientiertes Verständnis*: Dass nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung Leitbildcharakter hat, impliziert die Mitwirkung und Unterstützung durch die Stadtbevölkerung. Deshalb steht die Organisation offener Prozesse und die Etablierung von lernfähigen Systemen unter ausgewogener Berücksichtigung der Ziele „ökonomische Beständigkeit“, „soziale Gerechtigkeit“ und „ökologische Verträglichkeit“ im Zentrum des Entwicklungsbegriffs.

## 2 Quartier: Genutzt als Interventionsebene

Hindernisse für die nachhaltige Entwicklung – so die europäische Meinung – bestehen insbesondere im Mangel an institutionellen Mechanismen zur Entwicklung und Implementierung einer entsprechenden Politik auf der lokalen Ebene. Es gilt, dass eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik die Differenzierung der Stadt zur Kenntnis nehmen und quartiersspezifische Strategien entwickeln muss. Sie kann auch nicht als eine „Top-down“-Strategie verordnet werden, vielmehr muss die Bevölkerung als

Träger der Entwicklung bereits auf Quartierebene in die Aushandlungs- und Lernprozesse einbezogen werden. Damit ist eine generelle Aufwertung des Sozialen und des Lokalen in der Stadtplanung gefordert – eine nahezu paradigmatische Wendung in der Geschichte der Planung.

Denn Stadtplanung war im Zuge der Entwicklung der westeuropäischen Staaten von einer „Mangel- hin zu einer Reichtumsgesellschaft“ (Döring, Hanesch & Huster 1990: 7) vor allem eine „Planung von oben“, die Verwaltungs- und Planungskultur war gekennzeichnet durch den Glauben an immerwährende Prosperität und die Entwicklung städtischer Quartiere orientierte sich in erster Linie an den Interessen der Investoren (zur Verwaltungs- und Planungskultur vor und nach der Konferenz von Rio siehe z. B. Alisch & Dangschat 1998: 187ff.). Ein Zustand, auf den Burckardt et al. in ihrem Aufruf zu einem städtebaulichen Neuaufbruch und der Planung einer neuen Stadt bereits im Jahre 1955 aufmerksam machten: „Wir leben provisorisch, das heisst ohne Plan für die Zukunft. [...] Unsere Politik ist nicht Gestaltung, sondern Verwaltung, weit davon entfernt, aus den Gegebenheiten der Gegenwart eine andere Zukunft zu planen.“ (Burckardt, Frisch, & Kutter 1955: 18) Zwar waren partizipative Elemente in der Stadtplanung bekannt, doch waren diese eher einmalig, punktuell und räumlich begrenzt. Selle (1991: 14) konstatiert sogar, dass die Stadterneuerungsmaßnahmen am Ende „oft [...] mit der Zerstörung ganzer Stadtteile“ einhergingen.

Mit den Phasen von Rezession und Stagnation, unterbrochen von kurzen konjunkturellen Aufschwüngen seit den 1990er-Jahren, hat sich die Sicht auf die Quartiere und ihre Rolle in der Stadtplanung geändert. Denn die durch die wirtschaftlichen Veränderungen bedingten sozialen Risiken konnten nur zum Teil durch die staatlichen (insbes. Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe) und privaten Sicherungsnetze (Familie, Bekanntenkreis) aufgefangen werden. Armut, soziale Segregation und Ausschluss wurden zu einem der „sozialpolitisch brennendsten Probleme“ (Leu 1999: 39). Die Forschung sah in der Folgezeit in den Städten zwar immer noch Entwicklungszentren, zugleich erkannte sie aber, wie sich in ihnen die Herausforderungen des Übergangs der Gesellschaft zum Postfordismus abzeichnen und wies auf verschärfte sozioökonomische und soziokulturelle Polarisierungen hin, die auch ihren räumlichen Ausdruck fanden.

Handlungstheoretische Arbeiten thematisierten Formen „neuer Armut“ (Lompe 1987) und benannten mit der „urban underclass“ (Wilson 1987), den „new urban poor“ (Wilson 1997), „working poor in the inner city“ (Newman 1999) oder „young urban poor“ (Drilling 2004) Armutgruppen, deren Handlungsspielräume in direktem Zusammenhang mit den städtischen Räumen stehen. Forschungen zur Stadtstruktur wiesen auf Prozesse sozialer, ethnischer und residentieller Segregation hin, die in ihrer Extremform in eine Spaltung der Stadt (ausführlicher zu den Modellen und Kritik in Dangschat 1995, 1997; Freyberg 1996; Keller 1999: 31ff.) und weitgehende Ausschlussprozesse (Hohm 2003) münden. In wie viele Teile sich diese Spaltung vollzieht, dazu liegen heute unterschiedliche Vorschläge vor („quatered city“ bei Marcuse 1989; „dual city“ bei Mollenkopf & Castells 1992). Moderatere

Ansätze machen auf einen „gespaltenen Fortschritt“ (Freyberg 1996; siehe auch die „Stadtlandschaften der Macht“ bei Noller 1999: 135f.) aufmerksam und schreiben folgenden Faktoren die Kraft für die Ausdifferenzierung in Quartiere zu: 1) die zunehmende Internationalisierung von Produktion und Kapitalverwertung, 2) die Flexibilisierung von Produktion und Arbeitsmarkt, 3) die Veränderung politisch-institutioneller Regulationsformen, 4) die Polarisierung des Arbeitsmarktes, der Beschäftigten- und Sozialstruktur, 5) die Entwicklung neuer Haushaltsstrukturen, neuer „Lebensstile“ und Konsummuster in Richtung auf eine verstärkte Individualisierung der Lebensführung und 6) die Kapitalisierung des Wohnungsmarktes und das Nutzenkalkül der Eigentümer (siehe Borst & Krätke 1993; Dangschat 1996; Friedrich 2004; Häußermann 2002).

Derartigen Fragmentierungsprozessen unterworfen entstehen „Brennpunktquartiere“, „Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf“, „benachteiligte Quartiere“ oder „Stadtteile mit prekärem Status“; hier bündeln sich soziale, ökonomische und ökologische Probleme (vgl. Kronauer & Vogel 2004): Es konzentrieren sich von Armut und Arbeitslosigkeit Betroffene; schlechte Ertragsaussichten führen bei den Liegenschaftseigentümern zu Zurückhaltung bei Investitionen; bei hoher Bevölkerungsdichte stehen nur wenig Freiflächen und öffentliche Räume zur Verfügung, was zu Übernutzung bzw. zu Nutzungskonflikten führt; gleichzeitig erschwert die Pluralisierung der Lebensstile und damit die Pluralisierung der Einstellungen zur Umwelt und des Umweltverhaltens eine gemeinsame Artikulation von Interessen. Letztlich fehlt in diesen Quartieren aber nicht nur ein von den Quartierbewohnern getragener Konsens über Fragen der Nachhaltigkeit, sondern auch das Wissen, was die einzelnen in- und ausländischen Bewohner und Akteure unter Nachhaltigkeit verstehen. Dies überrascht nicht, da diese Quartiere in der Regel ausschließlich defizitär betrachtet werden und den Bewohnern ein „Lebensstil der Notwendigkeit“ (Bourdieu) unterstellt wird. Bemerkenswert ist, dass dann auch von den Akteuren der Stadtplanung kaum noch Anstrengungen im Sinne eines „aktivierenden Sozialstaates“ unternommen werden, was die ökonomischen, sozialen und ökologischen Abwertungsprozesse des Quartiers verstärkt (Baumgärtner 2009). Sichtbar werden solche Abwertungsprozesse beispielsweise in der kurzen Verweildauer neuer Unternehmungen, der geringen Zahl neu geschaffener Arbeitsplätze, der fehlenden Investition in Bauten (ökonomische Dimension), der selektiven Abwanderung, der Verdichtung der sozialen Infrastruktur, der Zunahme der sozialpädagogisch/sozialarbeiterisch unterstützten Schulen (soziale Dimension) sowie der Zunahme einer wilden Mülldeponierung, der „Verslummung“ von Straßenzügen oder der Entsorgung von Sperrgut als „Gratisangebot“ am Straßenrand (ökologische Dimension).

Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf stehen Quartiere gegenüber, die in Bezug auf sozioökonomischen und -kulturellen Status und Lebensstil von einer relativ homogenen Bevölkerung bewohnt werden. Sie gelten weithin als „Musterquartiere“, auch in Bezug auf nachhaltige Entwicklung: Der hohe Anteil von Eigentumswohnungen und -häusern, die lange Verweildauer der Bewohner/innen (z. T. über Generationen hinweg) und ihr hoher sozialer und ökonomischer Status, das



größzügigere Verhältnis von öffentlichem zu privatem Raum sowie die hohe Verfügbarkeit von Grün- und Erholungsflächen tragen zur Identifikation der Bewohner/innen mit ihrem Quartier bei. Diese kollektive Identität des „Wir-hier-im-Stadtteil“ (Greiffenhagen 2003: 365) erleichtert damit die Reproduktion des Kollektiven – eine der zentralen Grundlagen des Nachhaltigkeitsleitbildes, jedoch auch eine riskante Einschätzung des Verhältnisses von Lebensstil und Nachhaltigkeit. Denn es gibt derzeit keine repräsentative Studie, die diese Vorbildfunktion homogener Quartier in Bezug auf nachhaltige Konsum- und Lebensstile nachweisen könnte (ganz im Gegenteil stellt Schnur 2004 durchaus auch eine Vorbildfunktion von sog. Problemquartieren fest, vgl. 3.2).

Neuerdings kommt in vielen westlichen Industriestaaten noch ein weiterer Aspekt hinzu: Die aufkommende Frage der nachhaltigen Stadtentwicklung in vom demographischen Wandel betroffenen, schrumpfenden Städten und Quartieren, die zurückgebaut oder aufgegeben werden (müssen) (vgl. Schnur 2010). Auch hier werden die Nachhaltigkeitsdimensionen mehr als deutlich: sozial (z. B. vom Leerstand oder Rückbau betroffene Wohnbevölkerung, vgl. Peter 2009), ökonomisch (wer trägt die Kosten des Rückbaus und der Vernichtung von Anlagevermögen? – vgl. Bernt 2005) und ökologisch (von Altlastenproblemen bis zu den Chancen, die z. B. neue innerstädtische Freiräume bieten können, vgl. Deilmann 2002). Auch hier sind das Quartier, dessen Bewohner/innen, Infrastrukturen und Wohnungsbestände Gegenstand komplexester Governance-Prozesse (vgl. Schnur 2010).

Quartiere können also als Interventionsebene, mehr aber vielleicht noch als Nukleus nachhaltiger Stadtentwicklungsprozesse verstanden werden. Dabei sind die drei Nachhaltigkeitsdimensionen „ökologisch“, „ökonomisch“ und „sozial“ im Auge zu behalten. Wir möchten in diesem Text einen Beitrag zu einer von uns als defizitär empfundenen Diskussion leisten und insbesondere die soziale Komponente nachhaltiger Quartiersentwicklung stärker in den Mittelpunkt rücken. Das bedeutet nicht, dass wir die ökologische und ökonomische Dimension nicht für ebenso wichtig hielten. Die Beiträge in diesem Band können diese hier bewusst in Kauf genommene Akzentuierung ohne weiteres ausgleichen (insbesondere die überblickshaften, integrierten Darstellungen von Karin Hopfner und Philipp Zakrzewski sowie Ulli Meisel in diesem Band).

### **3 Die Entdeckung der Bürger/innen, ihres Sozialraums und sozialen Kapitals**

Mit der Wiederentdeckung der Quartiere, des sozialen Nahraums und der lokalen Akteure verbindet sich eine Relativierung der in den 1980er Jahren populären These, dass die Probleme von Umweltverschmutzung, Armut und selektiver Abwanderung als Versagen städtischer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu interpretieren sind. Darauf macht z. B. Haus (2005) aufmerksam, wenn er davon spricht, dass die heutigen Probleme „ein Staatsversagen“ darstellen, weil sie die Folge der Problem-

lösungsversuche der Vergangenheit sind: „Typischerweise gehören heute nicht zuletzt solche Stadtgebiete zu den ‚benachteiligten‘ Vierteln, welche in den Sechziger- und Siebzigerjahren als besonders zukunftsweisend – nämlich als funktional vorbildlicher und für breite Bevölkerungsschichten erschwinglicher ‚sozialer Wohnungsbau‘ galten, heute aber als seelenlose Wohnmaschinen verworfen werden.“ (Haus 2005: 25)

Aus den Erfahrungen mit solchen nicht intendierten Folgen sozialstaatlichen Handelns, aber auch wegen der finanziellen Probleme, denen sich Staat und Städte/Gemeinden gegenübersehen, sieht sich das Konzept des „aktivierenden Sozialstaats“ konfrontiert: Staatliche Leistungen und Aktivitäten sollen reduziert werden, um die Eigenverantwortung der Individuen zu stärken und ihre Ressourcen zu aktivieren. Konstanten dieses neuen Verständnisses der Zusammenarbeit zwischen Staat und Bürger/innen sind die Zivilgesellschaft und ihr soziales Kapital. Dabei steht die Zivilgesellschaft für eine Sphäre „jenseits von staatlich organisierter Herrschaft und marktlich organisierter Ökonomie“ (Haus 2005: 26), die sich durch bürgerschaftliche Praktiken auf freiwilliger Basis auszeichnet. Anerkennung ist hier nicht ausschließlich ökonomischer Natur, sondern kann auch mit der Qualität von sozialen Beziehungen beschrieben werden.

In Bezug auf die Politik gegen Armut und Ausgrenzung hat dies zur Konsequenz, dass nicht mehr ausschließlich bestimmte Zielgruppen, sondern auch zuvor festgelegte Territorien – und hier eben Quartiere als Sozialräume – in den Fokus von Programmen gestellt werden. Umsetzungsorientierte Programme in Deutschland (z. B. „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“; „LOS: lokales Kapital in der sozialen Stadt“; „E&C: Entwicklung und Chancen junger Menschen in Brennpunktquartieren“) unterstützen diese auf kleine Raumeinheiten konzentrierte Herangehensweise (zu den Programmen: Alisch & Dangschat 1998; Hohm 2003; Walther 2002).

Mit diesem Perspektivwechsel wird der Dimension Raum eine neue Bedeutung beigemessen. Im gängigen „absolutistischen Raumverständnis“ (Löw 2001: 264) sind städtebauliche Aktivitäten weitgehend unverbunden mit den Handlungsweisen der Akteure im bestehenden Raum. Im „Sozialraumverständnis“ dagegen rücken sie in ihren räumlichen Bezügen zunehmend in den Mittelpunkt. Dieser neue Ansatz unternimmt den Versuch, Handlungen, durch welche ein Raum konstituiert wird, zu erkennen, zu beschreiben und in den Prozess der Quartiersplanung einzubeziehen (zur Widersprüchlichkeit beider Vorstellungen im Rahmen des Konzeptes ‚soziale Stadt‘ siehe Reutlinger 2004). Hier schließt sich der Kreis zu den Konzepten des sozialen Kapitals und der Zivilgesellschaft, die ja auf der These gründen, dass der „Nukleus einer Zivilgesellschaft [...] auf der räumlichen Mikroebene, in der lokalen Identität zu suchen [sei]“ (Schnur 1999).

Damit nimmt das Konzept des sozialen Kapitals bei der sozialraumbasierten nachhaltigen Quartiersentwicklung eine Schlüsselstellung ein. Denn soziales Kapital schafft horizontale Netzwerke und reziprokes Vertrauen – Grundbedingungen sozialer Nachhaltigkeit – und soll deshalb hier auch besondere Aufmerksamkeit

erfahren: „Verfügbarkeit von sozialem Kapital, so die Annahme, impliziert gesteigerte Konkurrenzfähigkeit [der Städte, Anm. der Verfasser] sowie soziale Kohäsion, Mangel an sozialem Kapital dagegen korreliert mit mangelndem wirtschaftlichem Erfolg und folglich mit sozialer Exklusion und Ausschluss“ (Mayer 2001). Eine These, die sich an den Überlegungen von Coleman anlehnt, denn während Bourdieu das soziale Kapital als die persönliche Ausstattung eines Individuums skizziert (Bourdieu 1983: 190), zielt das Verständnis von Coleman auf die gesellschaftliche Ebene ab. Für Coleman (1988; 1991) hat das Sozialkapital den Charakter einer sozialstrukturellen Ressource und bezieht sich auf Handlungschancen, die nicht in erster Linie an individuelle Kompetenzen und Leistungen, sondern an Gruppenzugehörigkeiten und (soziale) Beziehungen gebunden sind (siehe z. B. die Studie zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und sozialem Kapital von Freitag 2000). So ergibt sich ein der einzelnen Person übergeordnetes „Reservoir“ an Sozialkapital, von dem auch Personen profitieren können, die nicht direkt dazu beigetragen zu haben. Eine Relevanz besteht insbesondere in der sozialen Einbindung der Akteure: Hier entstehen Normen und Kontrollmechanismen jenseits staatlicher Regulierung, hier werden der Umgang mit der Umwelt und knappen Ressourcen, das Engagement im Quartier oder das Reflektieren eigener Handlungsweisen erprobt; zudem ist die Gemeinschaft Ausgangspunkt der Institutionalisierung von Meinungen und Kompromissen, die in partizipativen Strukturen Ausdruck finden können (z. B. Quartierverein, Nachbarschaftsnetz, Mietervereinigung). Im Gegenzug wirkt das Nichteingebundensein in soziale Netze in Richtung Vereinzelung, in deren Konsequenz das Individuum Entscheidungen trifft, die nur auf den eigenen Nutzen ausgerichtet sind, sich nur schwer in institutionelle Gefäße binden lassen und sich damit nicht nur der sozialen, sondern auch der staatlichen Kontrolle entziehen (Granovetter 1985).

Neben dem Beziehungskapital (auch als „Vitamin B“ bezeichnet, z. B. von Braun 2001; oder „bonding social capital“ siehe Putnam, 2000b) umfasst das soziale Kapital nach Putnam (2000b: 98) noch eine zweite Dimension: Das „überbrückende Sozialkapital“ („bridging social capital“) hilft, unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft miteinander in Verbindung zu bringen (vgl. Putnam 1993; 1995; 2000b; Putnam & Goss 2001), es hat den Charakter eines „generalisierten Vertrauens“ (Bornschiefer 2001) und die Eigenschaft eines Kollektivguts (Gabriel et al. 2002: 27). Der „Besitz“ des „überbrückenden Sozialkapitals“ ist unabhängig von den einzelnen Akteuren auf das System, in dem sie leben, übergegangen, und so entsteht dieses Kapital auch nicht unmittelbar durch individuelle Bemühungen (zu den Formen und Funktionen von Sozialkapital im Vergleich siehe Schnur 2003: 60f.). Vom überbrückenden Sozialkapital profitieren alle Akteure eines Netzwerks, auch diejenigen, die in das Kapital nicht investiert haben (vgl. Esser 2000: 256), „es ermöglicht die Verwirklichung bestimmter Ziele, die ohne es nicht zu verwirklichen wären“ (Coleman 1991: 392).

Diese beiden Aspekte des Sozialkapitals – als individuelle und als kollektive Ressource – bezeichnet Esser als Beziehungskapital und Systemkapital (vgl. Esser

2000: 240f.). Esser unterscheidet sechs Arten von Ressourcen und Leistungen, die aus der Verfügbarkeit von Sozialkapital entstehen. Für individuelle Akteure: 1) Zugang zu Informationen; 2) Bereitschaft anderer, sich vertrauensvoll auf vielleicht riskante Unternehmungen einzulassen; 3) Erbringung von Hilfeleistungen und Gewährung von Solidarität. Für das Netzwerk und alle seine Akteure: 1) Vorhandensein von sozialer Kontrolle und einer gewissen Aufmerksamkeit; 2) Existenz eines Klimas des Vertrauens; 3) Geltung von Normen, Werten und Moral.

Empirische Forschungen, die den Sozialkapitalansatz mit Fragen der Quartiersentwicklung verbinden, liefern im Hinblick auf die Nachhaltigkeitsthematik wichtige Erkenntnisse. Wichtige Einflüsse spielen dabei Untersuchungen zur „gelingenden Alltagskultur“, zur Aufwertung von Brennpunktquartieren, zu städtischen Lebensstilen, Gentrifizierungs- und Exklusionsprozessen sowie zu Nachbarschaften, Hausgemeinschaften und quartierübergreifenden Formen organisierten Sozialkapitals.

### 3.1 „Gelingende Alltagskultur“ im Quartier und Nachhaltigkeit

Diese Forschungen werden in jüngerer Zeit insbesondere in Neubau-Stadtteilen, Neubau-Wohngebieten oder neu erbauten Siedlungen realisiert, also unabhängig von der Frage, ob es sich um Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf handelt (siehe insbes. Maier 2004; Maier & Sommerfeld 2001; Maier, Sommerfeld & Hoch 2003; Sommerfeld 2002). Im Zentrum steht die Frage, wie ein „lebendiges Gemeinwesen“ – eine „gelingende Alltagskultur“ oder ein „Wohnmilieu“ – aufgebaut werden kann, das von den Bewohnerinnen und Bewohnern nicht nur mitentwickelt, sondern auch reproduziert (z. B. an die Kinder weitergegeben) wird (vgl. Maier 1995: 34). Gelingt der Aufbau einer solchen Alltagskultur, dann entsteht ein soziales Kapital, das die Identifizierung mit dem Quartier unterstützt, *also nachhaltig wirkt* (Maier & Michelsen 2004). Forschungen zu gelingender Alltagskultur sehen diese insbesondere dann als gegeben, wenn individuellem Handeln ein „System von erkennbaren Regeln und Traditionen, von selbstverständlichen Deutungs- und Handlungsmustern“ (Maier & Sommerfeld 2001: 32) zugrunde liegt, das es den Bewohner/innen ermöglicht, komplexe Formen der Kooperation zwischen Haushalten zu entwickeln (im Sinne von „bonding social capital“) und sich für die Belange des Gemeinwesens oder bestimmter Interessen darin zu engagieren (im Sinne von „bridging social capital“). Weil das Konzept der „gelingenden Alltagskultur“ von der Sozialen Arbeit entwickelt wurde, sind es professionelle Akteure aus der Sozialen Arbeit, etwa Quartiersmanager, die die Entwicklung der Alltagskultur unterstützen, z. B. durch Gemeinwesenarbeit, Konfliktmanagement oder konkrete Hilfen: Sie „inszenieren“ das Soziale im Wohnquartier (Maier et al. 2003).

Gelingende Alltagskultur umfasst neben sozialen Aspekten auch eine kleinräumige, kommerzielle Infrastruktur mit kleinen Läden und Dienstleistungsgeschäften sowie ein gutes Angebot an öffentlichen Dienstleistungen (Volkshochschule, Stadt-

teilibibliothek etc.). Maier und Sommerfeld (2001: 33) benennen acht „Dimensionen einer tragfähigen Alltagskultur“:

- Aufbau von Kommunikationsstrukturen und -möglichkeiten,
- Entwicklung eines Systems der gegenseitigen Hilfe im Alltag,
- Entwicklung von Regeln für ein ziviles Verhalten im Wohnumfeld und im Stadtteil,
- Mitbestimmung,
- Aufbau einer Soziokultur,
- Mitbestimmung bei der Ausgestaltung des Wohnumfelds und des Stadtteils,
- Identifikation mit dem Quartier – das Quartier als Heimat,
- Aufbau einer Gemeinwesenökonomie.

Eine tragfähige Alltagskultur entsteht nach bisherigen Erkenntnissen bei großer sozialer Homogenität der Quartierbewohnerschaft. Zudem ist die Chance, sich in die Alltagskultur zu integrieren, umso größer, je besser die eigene Subkultur gepflegt werden kann. Sommerfeld (2002) zeigt in seiner Untersuchung über Zürich, dass sich bei gelingender Alltagskultur durch die Kontakte zwischen den Bewohner/innen eines Wohnviertels soziales Kapital akkumuliert, das sich durch die Komponenten „Aufmerksamkeit“, „Vertrauen“, „Kooperation“, „Verantwortung“ und „Engagement“ beschreiben lässt. Er weist aber zugleich kritisch darauf hin, dass das zivilgesellschaftliche Engagement nicht zum Vorwand genommen werden darf, auf staatliches Handeln zu verzichten (Sommerfeld 2004).

### *3.2 Aufwertung von Brennpunktquartieren und Nachhaltigkeit*

Zur Aufwertung von Brennpunktquartieren wurde insbesondere durch das Bundesländer-Programm Soziale Stadt in Deutschland eine Vielzahl von empirischen Untersuchungen vorgelegt, die häufig auch eine Verknüpfung mit der Nachhaltigkeitsdebatte herstellen (z. B. bei Alisch 2001; Alisch & Dangschat 1998; Bruhns & Mack 2001; Schnur 2003; Walther 2002). Hier stehen nicht die einzelnen Politikbereiche der Nachhaltigkeitstrias im Vordergrund, sondern eine räumliche Einheit (meist ein Stadtviertel) und ihre integrale Aufwertung. Konzepte, die sich auf die Beschäftigungslage beziehen (z. B. „lokale Ökonomie“, siehe Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen 2000) finden hier ebenso empirische Berücksichtigung wie Konzepte, die quartierbezogene Lernprozesse über nachhaltiges Verhalten zu initiieren versuchen (z. B. Lang-Wojtasik 2003). Ebenso zielt das Weiterbildungsnetzwerk Eurosozial (EOS) auf die umfassende Förderung von Fähigkeitenpotenzialen und sozialer Verantwortungsübernahme ab (Elsen, Ries, & Löns 2000). Verknüpfungen des Sozialkapitalansatzes mit dem der Quartieraufwertung stellen die Arbeiten des Geografischen Instituts der Alexan-

der Humboldt Universität Berlin dar. Zum einen arbeiten diese mit den Indikatoren „Ortsbindung“ den Beitrag des sozialen Kapitals zur Quartierwahrnehmung heraus, zum anderen verknüpfen sie gängige Indikatoren mit quartierbezogenen Beispielen (Schnur 2002). Auf der Ebene Indikatoren lassen sich differenzieren:

- Ortsbindung (Indikatoren: Freunde, Verwandte im Quartier, Atmosphäre im Quartier, Zivilcourage, gewährte Hilfeleistungen an Nachbarn, Kontakte unter Nachbarn),
- soziale Normen (Abfalltrennung und -entsorgung, Sicherheit),
- Zivilität (Wahlbeteiligung, Ehrenamt, lokale Selbstorganisations- und Kooperationsfähigkeit).

In weiteren Studien werden Brennpunktquartiere und Nicht-Brennpunktquartiere in Bezug auf die Verfügbarkeit und Ausstattung mit sozialem Kapital miteinander verglichen. Potenzialanalysen in sechs Quartieren Berlins geben über die Bedeutung und die Reichweite des sozialen Kapitals Auskunft (Schnur 2004). Im Hinblick u. a. auf lokale Freundeskreise, Verwandtschaft und soziale Ortsbindung kann festgestellt werden, dass die Brennpunktquartiere keineswegs „Defizitwelten“ (ebd.: 109, siehe auch Munch 2004) darstellen und dass es „keine zu verallgemeinernde Netzwerkarmut zu geben [scheint]“. In Bezug auf das Themenfeld „Verschmutzung des Quartiers“ ergaben sich sogar „erstaunliche“ Unterschiede insofern, als die problembelasteten Quartiere jeweils besser abschnitten als die problemarmen Referenzquartiere (ebd.: 112). Es gebe in Brennpunktquartieren ein „nicht zu unterschätzendes“ lokales Sozialkapital – das in vielen Bereichen allerdings brachliegt bzw. nicht aktiv gefördert wird und mit anderen Quartierstrategien nicht verknüpft ist (zu vergleichbaren Ergebnissen kommen auch Friedrichs & Blasius 2000: 24f.).

Dabei gibt es durchaus kontroverse Beurteilungen der Quartiereffekte. In der Studie von Farwick (2001: 156ff.) werden z. B. die negativen Folgen des Lebens in Brennpunktquartieren hervorgehoben. Wohngebiete können auch Orte mangelnder Ressourcen, Orte des Lernens „falscher“ Handlungsmuster, Orte der Stigmatisierung und Diskriminierung sein:

„Mit der erhöhten räumlichen Konzentration von Armut im Wohnquartier, verbunden mit einer hohen innerquartierlichen Kontaktdichte, wird die Wahrscheinlichkeit sozialer Interaktionen mit Personen, von denen ‚destruktive‘ Verhaltensmuster erlernt werden können, vergrößert. Die Wahrscheinlichkeit der Interaktion begründet sich zudem aus der Tatsache, dass Beziehungen zu Freunden und Bekannten häufig aufgrund gleicher Lebenslagen und -umstände zustande kommen“ (ebd.: 178).

### 3.3 *Lebensstile, Ausschließung und Nachhaltigkeit im Quartier*

Arbeiten zu städtischen Lebensstilen, Gentrifizierungs- und Ausschließungsprozessen werden in der Folge der Pluralisierungs- und Individualisierungsthese der Münchener Schule (ausgehend von Beck 1986) breit diskutiert. Der Begriff

„Gentrification“ (siehe ausführlich dazu Friedrichs 1996) bezeichnet das Phänomen, dass sich im Wettbewerb um städtische Räume Gruppen gleichen Lebensstils räumlich konzentrieren. Diese Konzentration erfolgt durch Prozesse der Rauman eignung von statushohen Gruppen. Friedrichs (1996: 14) wie auch Kecskes (1996) machen auf Begleitprozesse der Gentrifizierung aufmerksam, die letztlich das „Eindringen“ der statushöheren Gruppe forcieren. Dazu zählen sie die Modernisierung der Wohngebäude, die Veränderungen der Wohngebäude, die Erhöhung der Mietpreise, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen oder von Wohn- in Geschäftsbau (siehe dazu: Fachstelle für Stadtentwicklung der Stadt Zürich 2003; Kecskes 1997; Landert, Farago & Davatz 2002). Der phasenhafte Prozess der „gentrification“ erreicht – zumindest wenn man dem fachlich umstrittenen, aber diskursmächtigen sozialökologischen Erklärungsmodell folgt (vgl. dagegen den aktuellen Stand der kritischen Diskussion zusammengefasst in Lees et al. 2008) – seinen kritischen Punkt in dem Moment, in dem die einstige Minorität zahlenmäßig den anderen Bewohner/innen überlegen ist. Dann folgt dem kollektiven Eindringen auch eine kollektive „Flucht“ der bisherigen Nutzer/innen (dazu genauer z. B. in Friedrichs & Kecskes 1996). Ausschlussstrategien (Parkin 1983: 124) tragen zur Sicherung der besetzten Räume bei, d. h. die statushöhere Gruppe erhält bzw. vermehrt ihre Vorteile durch die Unterordnung einer statusniedrigeren Gruppe (zum aktuellen Stand der Schließungstheorie siehe z. B. Mackert 2003).

Bourdieu, der seine Lebensstiltheorie als Beitrag zur Theorie der sozialen Ungleichheit sieht, schreibt der statusärmeren Bevölkerung die Funktion der „Kontra stfolie“ und – wie bereits erwähnt – einen „Lebensstil der Notwendigkeit“ (vgl. Friedrichs & Blasius 2000: 194f.) zu: Sie wohnt in Nischen, die niemand besetzen will, und diese Nischen sind umso dauerhafter, je unattraktiver sie für statushöhere Gruppen sind. Auf Seiten der „Gentrifizier“ entstehen Nachbarschaften, Freundschaften, Hausgemeinschaften etc., deren Erfolge zur Vermehrung des sozialen Kapitals führen und weitere Personen gleichen Lebensstils anziehen. Bei den Wanderungsbewegungen hat der Wandel der Nachbarschaft eine zentrale Bedeutung (Friedrichs 1996: 20). Denn es ist der Verlust des sozialen Kapitals in Form der nachbarschaftlichen Beziehungen, der die Wegziehenden maßgeblich motiviert und es ist das Gefühl eines sozialkapitalreichen Wohngebietes, das die Gentrifizier anzieht (Bourdieu 1991: 32 spricht vom Klub-Effekt und vom Ghetto-Effekt). Nach Alisch und Dangschat sind es junge Menschen, die zu den Gentrifizierern gehören (dazu und zu den Typen „Gentrifizier“ und „Pioniere“ siehe Alisch & Dangschat 1996: 98), nach Häußermann und Siebel (1987: 14ff.) sind es u. a. die „young urban professional people“. Für Friedrichs (1998) sind insbesondere Ausländerinnen und Ausländer mit niedrigem sozioökonomischem Status von der Verdrängung betroffen, weshalb er davon spricht, dass die Veränderung dieses Anteils an allen Bewohnern eines Wohngebietes „ein Indikator der Gentrification in einem Wohnviertel [ist]“. In der Untersuchung über den Kölner Stadtteil Nippes zeigt Blasius (1993), dass zwar der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Wohnbevölkerung im beobachteten Zeitraum insgesamt nicht zunahm, dass sich aber eine Verschiebung zwischen den

Wohnblöcken ergab, wobei dort mehr Ausländerinnen und Ausländer zuzogen, wo bereits andere wohnten, sich also „Nischen“ (ebd.: 231) bildeten. In seiner Extremform führt der residentielle Ausschluss der statusarmen Bevölkerung zur sozialen Exklusion: „Der Fluchtpunkt sozialer Ausschließungsprozesse ist die Nutzlosigkeit – als soziale Zuschreibung und Lebensgefühl zugleich.“ (Kronauer 2002: 51.)

Für die Nachhaltigkeitsthematik ist diese Forschungsrichtung in zweifacher Hinsicht interessant: Zum einen weist sie auf die unterschiedlichen Strategien hin, die in den Quartieren entsprechend den unterschiedlichen Lebensstilen (oder „Lebensführungsgruppen“, wie Otte (2004) in seiner Kritik an der Aussagekraft der Lebensstiltheorie forderte) formuliert sein müssen, und fragt nach den je spezifischen Vorstellungen von Nachhaltigkeit. Denn wenn wir davon ausgehen, dass ein Verständnis von Nachhaltigkeit vom Lebensstil (von der Lebensführung) abhängt, dann müsste es neben quartierbezogenen Strategien auch lebensstilgruppenbezogene Strategien geben, z. B. für einkommensstarke junge Menschen („Yuppies“ – „young urban professional people“), Doppelverdiener ohne Kinder („Dinks“ – „double income, no kids“) oder die nach Berufsmilieus differenzierten städtischen Lebensstilgruppen (Noller 1999), die dann auch all jene Lebenswelten jenseits der städtischen Mittelschichten umfassen müssten. Im Fall mehr oder weniger homogenen, verorteten Wohnmilieus könnten entsprechende Nachhaltigkeitsstrategien auf der Quartiersebene gebündelt werden.

Zum zweiten verdeutlichen diese Forschungen erneut die Notwendigkeit eines systemischen Blicks auf die Stadt und ihre Quartiere: Aus der Mobilität der Lebensstilgruppen resultieren Räume, die unterschiedlich lang angeeignet, gestaltet und wieder aufgegeben werden; Zwischennutzungen erhalten ökonomische und soziale Bedeutung (siehe ausführlich in Angst 2004; Helsinki University of Technology 2001).

### 3.4 *Nachbarschaften, quartiersübergreifende Formen organisierten Sozialkapitals und Nachhaltigkeit*

Diese Arbeiten haben im Rahmen der bisher genannten Forschungsrichtungen die längste Tradition (z.B. Hamm 1973; Klages 1968; Vierecke 1972). Offe und Fuchs (2001) systematisieren Nachbarschaften als „wichtigste Komponente von Sozialkapital“ (ebd.: 419) und sprechen von formellen und informellen Netzwerken oder formellen Vereinigungen im Sinne von freiwilligen Zusammenschlüssen wie Umweltschutz-Netzwerken, Vereinen, nichtstaatlichen Organisationen oder sozialen Bewegungen (im Gegensatz zu Primärgruppen wie Familie oder Verwandtschaft, die sie aus der Analyse ausschließen). Die Ergebnisse zur Akkumulation des Sozialkapitals lassen sich in drei Thesen bündeln (vgl. Offe & Fuchs 2001: 429):

- Hausgemeinschaften, Nachbarschaften und soziale Bewegungen (quartiersbezogen oder -übergreifend) funktionieren in einem Umfeld besser, in dem die Bewohner/innen über zivilgesellschaftliche Kompetenzen verfügen, bzw. können dort überhaupt erst gegründet werden.



- Wo es sowohl zahlreiche Vereinigungen als auch eine hohe Zahl an Mitgliedern gibt, tragen diese zur Verbreitung zivilgesellschaftlicher Kompetenzen bei und fördern das Gefühl gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Aufmerksamkeit.
- Die Präsenz zivilgesellschaftlicher Kompetenzen und ihre Verbreitung haben positive Effekte, sowohl hinsichtlich der Beteiligung im Konkreten (z. B. Vertretung gegenüber der Stadtpolitik oder gegenüber den Hauseigentümern) als auch hinsichtlich neuer Formen der Interessenartikulation (z. B. lokale Unterstützungsnetze oder Vereine zur Förderung der lokalen Ökonomie).

Die Raumwirksamkeit von institutionalisierten Formen des Sozialkapitals bestätigt Otte (2004) in seiner Untersuchung über Mannheim. Am Beispiel der Vereine legt er dar, dass sich für jede Lebensführungsgruppe typische Inszenierungsorte im (halb-) öffentlichen Raum identifizieren lassen, die als Integrationsinstanzen für die jeweilige Lebensführungsgruppe funktionieren (ebd.: 303).

In den Untersuchungen von Danner und Hoch (2004) sowie Hinding (2004) zeigen sich zudem statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen der Einbindung von Individuen in Netzwerke und ihrem Umweltverhalten. So bilden Danner und Hoch mit den „sozial Engagierten“, „sozial Integrierten“ und „sozial Distanzierten“ drei Cluster von Bewohner/innen im Quartier. In Bezug auf das Umweltverhalten unterscheiden sich die drei Gruppen in „ökologisch am engagiertesten“ (sozial Engagierte), „mittelmäßig interessiert und engagiert“ (sozial Integrierte) und „ökologisch gering informiert und interessiert (sozial Distanzierte) (ebd.: 215). Die Autoren schließen mit der zentralen Bemerkung:

„Wer im Wohnumfeld, wie die sozial engagierten Gruppen, ein kooperatives und kommunikatives Sozialverhalten zeigt, ist praktischen ökologischen Maßnahmen aufgeschlossener und interagiert auch häufiger im öffentlichen Raum mit intermediären Instanzen. Bei den sozial distanzierten Gruppen wirkt sich dagegen die soziale Schließung nicht nur im Wohnumfeld aus, sondern zeigt sich auch durch weniger Aufgeschlossenheit für praktische ökologische Maßnahmen und Teilnahme an Informationsveranstaltungen und Gruppentreffen“ (ebd.: 221f.).

Hinding (2004) spricht von „kohäsiven“ Gruppen und versteht darunter „den Gemeinschaftssinn einer Gruppe“, der mit Kontakten, Begegnungen, Gesprächen und gegenseitigen Anregungen beschrieben werden kann (ebd.: 255). In solchen Gruppen, so die Autorin, funktioniert positives Umweltverhalten wie Lüften, Mülltrennen, Abfallverhalten, Einkauf regionaler Produkte usw. besser als in nicht kohäsiven Gruppen (ebd.: 262).

Vor dem Hintergrund dieser Annahmen können wir hier festhalten, dass soziale Kohäsion (in Form etwa von quartiersbezogenem Sozialkapital, nachbarschaftlichem Vertrauen und Austausch etc.) *die conditio sine qua non einer multidimensionalen nachhaltigen Stadtentwicklung darstellt.*